

Geschlossene Gesellschaft

Wahrnehmung und Einfluss des Islams in der deutschen Öffentlichkeit und Politik

■ Dirk Halm

Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen gehört, vor dem Hintergrund des sich vereinigenden Europas, der Migration, der Entstehung transnationaler Räume und anderer Globalisierungsentwicklungen, zu den zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen. Die Etablierung eines christlich-islamischen Dialogs in den europäischen Gesellschaften wird dabei nicht zu Unrecht durch die Migrationsforschung als ein entscheidender Integrationsbeitrag identifiziert. Die Rahmenbedingungen eines solchen Dialogs scheinen sich in den vergangenen Jahren indessen eher verschlechtert als verbessert zu haben.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 werden vielfach als Wendepunkt in den Beziehungen zwischen »dem Islam« und »dem Westen« dargestellt, und damit mittelbar als Wendepunkt im Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen in westlichen Gesellschaften. Dabei ist die Behauptung eines Konflikts zwischen beiden »Kulturkreisen« ein Produkt der 1990er Jahre, das seine prominenteste Manifestation in Huntingtons »Clash of Civilizations« von 1996 gefunden hatte. Tatsächlich hat sich in den letzten Jahren ein asymmetrischer Konflikt zwischen den Staaten des Westens und Teilen der islamischen Welt entwickelt (und nach dem 11. September 2001 deutlich verschärft), der durch islamistisch motivierten Terrorismus einerseits und die »Anti-Terror-Kriege« in Afghanistan und im Irak andererseits gekennzeichnet ist, nicht zu vergessen den israelisch-palästinensischen Konflikt.

Nun leben aber im Westen in großer Zahl muslimische Zuwanderer, die sich mit Einheimischen in interkulturelle Gesellschaften integrieren sollen. Inwieweit stellt eine Konfrontation von Islam und Westen ihre Integration in Frage? Das Zentrum für Türkeistudien hat den Zusammenhang zwischen soziokultureller

Teilhabe der Muslime in der Bundesrepublik und dem sich verändernden Islambild in der deutschen Gesellschaft untersucht. Damit verbunden ist die Frage, inwieweit sich in der deutschen Gesellschaft islamphobe Einstellungen herausgebildet haben, denen in der Soziologie und Konfliktforschung in den letzten Jahren vermehrt Aufmerksamkeit zu Teil geworden ist, und wie sich dieser Wandel auf das Zusammenleben ausgewirkt hat. Die Auseinandersetzung um die Mohammed-Karikaturen im Februar 2006 zeigt deutlich, welches Konfliktpotenzial in der im Westen veröffentlichten Meinung über den Islam steckt.

Die Empirie belegt, dass Islamfeindlichkeit in der deutschen Gesellschaft vorhanden ist. Zugleich sind die vorliegenden Befunde jedoch widersprüchlich genug, um deutlich auf die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung hinzuweisen. So bestehen ausgesprochen große Unterschiede zwischen der Ablehnung des Islams – verstanden als abstrakte Kategorie – und den in Deutschland lebenden Muslimen. Ist die Einstellung zum Islam mehrheitlich ablehnend, so gilt dies für die Muslime nur in geringem Umfang. Dieser Beitrag geht der Frage nach, wie der (sich wandelnde) Diskurs um den Islam zwischen 2000 und 2004 auf das Zusammenleben von Muslimen und Mehrheitsgesellschaft in Deutschland gewirkt hat. Dabei gilt es zu klären, in welchem Zusammenhang die erwartete Veränderung des Zusammenlebens, Alltagserfahrung, die politische Debatte, das medial vermittelte Islambild und die Beteiligungschancen der Muslime stehen. Die Analyse bedient sich der Protokolle des Deutschen Bundestages, einer Auswertung des Nachrichtenmagazins »Der Spiegel« und der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) in einem Ein-Jahres-Zeitraum 2000/2001 sowie 2003/2004, einer Repräsentativbefragung der türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland in den Jahren 2000 und

Dr. phil. Dirk Halm, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Zentrum für Türkeistudien an der Universität Duisburg-Essen. E-Mail halm@zft-online.de

2005 sowie der Diskussion mit Vertretern der islamischen Verbände in Deutschland.

Die Auswertung der Parlamentsprotokolle und der Berichterstattung in Spiegel und WAZ erfolgte in zwei Schritten: Zuerst wurden per EDV-gestützter Suche nach Schlüsselbegriffen die relevanten Textstellen extrahiert. Das Islambild im offiziellen wie inoffiziellen Diskurs wird dann durch die Einordnung der im ersten Schritt identifizierten Aussagen in das folgende Schema beschrieben und quantifiziert:

deutschen Aufnahmegerüsstschaft wurden Vertreter aller größeren Moschee-Verbände sowie der zwei Dachverbände eingeladen. Vier Vertreter von drei Verbänden nahmen teil. Dem Gespräch lag ein Leitfaden mit vier Themenkomplexen zugrunde, denen jeweils spezifischere Fragen zugeordnet waren. Die Themen schwerpunkte waren:

- Entwicklung der organisierten Religiosität
- Lobbying der Verbände
- die Verbände in der Öffentlichkeit
- Konflikte und Islamfeindlichkeit

»Viele Muslime beklagen, einen aus ihrer Sicht aufgezwungenen Diskurs über Islam und Terrorismus führen zu müssen«

- Ausgrenzungsstrategien, beispielsweise: Muslime sind anders, sie gehören nicht zu Europa, zu der deutschen Leitkultur; Beispiele desintegrierter Muslime
- Betonung der Angst vor dem Islam durch die Verbindung des Islams mit Terror, Gewalt, Aggression, Antisemitismus
- Aufbau eines Gegensatzes von Islam und Demokratie, Menschenrechten, Aufklärung
- der Gegendiskurs: Aufwertung des Islams, beispielsweise: Aussagen gegen Diskriminierung aufgrund religiöser Zugehörigkeit; Appelle für den Dialog mit dem Islam; der Islam als Teil der europäischen Kultur; Kritik am Islam diskurs; Forderungen nach differenzierter Betrachtung der Muslime; Muslime als Terroropfer.

Die Qualität des Zusammenlebens und ihre Veränderung werden anhand zweier repräsentativer Befragungen der Türkeistämmigen in Deutschland in den Jahren 2000 und 2005 indiziert. Hier wurde erhoben, wie schwierig sich das Leben in Deutschland für die Befragten in unterschiedlichen Lebensbereichen gestaltet und welchen Zusammenhang sie zwischen einem Konflikt zwischen Islam und Westen und dem Leben mit der deutschen Aufnahmegerüsstschaft sehen.

Zum Gruppeninterview im Zentrum für Türkeistudien zu den Interaktionen zwischen organisierten Islam mit der

Im Ergebnis ist im deutschen Islamdiskurs der geringe Einfluss der Muslime selbst auf diesen Diskurs unübersehbar. Die muslimischen Organisationen vermögen sich im Rahmen des öffentlichen Diskurses zwar zu äußern. Dabei werden sie aber gezwungen, Probleme zu thematisieren, die die Aufnahmegerüsstschaft definiert.

Der 11. September 2001 war für das Zusammenleben von Muslimen und Mehrheitsgesellschaft in Deutschland aber kein Wendepunkt. Unserer Untersuchung fügt sich dabei relativ widerspruchslos in die bisherige Forschung zur Entwicklung von Islamphobie und Ablehnung des Islams in Deutschland ein. Mit Blick auf die Berichterstattung in Printmedien bestätigt sich, dass ein negatives Islambild sich insbesondere aus dem Zusammenhang von Islam und (terroristischen) Bedrohungsszenarien speist und dass nach dem 11. September 2001 dieses Bild den Diskurs über den Islam noch deutlich stärker bestimmt als zuvor.

Zu einer Belastung des Zusammenlebens in Deutschland hat dieses negative Bild des Islams indessen in der Alltags erfahrung der betroffenen Muslime nicht geführt, obwohl die Selbstkritik der deutschen Gesellschaft eher abgenommen hat und eigene Versäumnisse bei der Zuwan dererintegration nach dem 11. September 2001 noch seltener in den Blick genom

men werden als zuvor. Das von Leibold/Kühnel belegte, nur ansatzweise Vorhandensein islamphober Einstellungen in der deutschen Bevölkerung korrespondiert mit dem offiziellen Diskurs in der Bundesrepublik insofern, als Kritik am Islam primär im Kontext von terroristischer Bedrohung geübt wird, aber sich nicht in zunehmendem Maße in einer generellen Ablehnung und Ausgrenzung der Muslime äußert, auch wenn Appelle an die religiöse Toleranz nach dem 11. September 2001 kaum noch vorkommen, so lang sie nicht mit der Einschränkung verbunden sind, eine »falsche« Toleranz dürfe es nicht geben. Auch hat die Selbstkritik hinsichtlich eigener integrationspolitischer Verfehlungen abgenommen. Für den inoffiziellen Diskurs ergibt sich ein etwas anderer Befund, da hier auch eine generelle wachsende Skepsis hinsichtlich der Integration der Muslime in Deutschland formuliert und berichtet wird. Zugleich nehmen aber generalisierende Urteile über den Islam und die Muslime in der relativen Häufigkeit ab.

Bedeutender für die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas in Deutschland sind damit möglicherweise weniger die qualitativen Veränderungen des Diskurses als die Tatsache, dass insbesondere der inoffizielle Diskurs über den Islam nicht nur deutlich negativer geprägt ist, sondern davon abgesehen aufgrund der stark gestiegenen Bedeutung des Islams und der Muslime in der Berichterstattung negative Konnotationen sich vervielfacht haben. Wie subtil die Ausgrenzung des Islams verlaufen kann, zeigt das folgende Beispiel: Die Anzahl der islamistisch motivierten Terroranschläge nach dem 11. September 2001 ist gestiegen, deswegen kann man die Berichterstattung über sie nicht automatisch als islamfeindlich bewerten. Doch die Anzahl der muslimischen Künstler in Deutschland und auf der Welt ist seit dem 11. September 2001 nicht zurückgegangen. Die Bedeutung, die man ihnen in den Medien zuschreibt, aber schon.

Die Verbindung von Islam und Terrorismus im offiziellen und inoffiziellen Diskurs manifestiert sich auch in anderen Studien wie der Bielefelder Untersuchung »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« (GMF-Survey), in dem die Befragten mehrheitlich eine undifferenzierte Verbindung zwischen Muslimen und Terrorismus herstellen. Auch die Ablehnung

der islamischen Kultur hat im GMF-Survey zwischen 2003 und 2005 deutlich zugenommen.

Damit ist ein beträchtlicher Rechtfertigungsdruck für den Islam in Deutschland entstanden, den die Muslime individuell als (eher abstrakte) Belastung des Zusammenlebens in Deutschland empfinden, indem sie außerhalb Deutschlands stattfindende Konflikte über die eigene Zugehörigkeit zum Islam vermehrt auf sich beziehen. Die Vertreter der Verbände beklagen analog einen Verlust der Deutungshoheit über den Islam. Zu dem aus ihrer Sicht aufgezwungenen Diskurs über Islam und Terrorismus haben sie bisher keinen zufriedenstellenden Zugang gefunden. Diese Situation wird einerseits als Chance zur Zusammenarbeit zwischen den Organisationen des Islams begriffen, andererseits ist aber auch eine sich verschärfende Konkurrenz unter den Organisationen unübersehbar, die im Ergebnis für einzelne islamische Strömungen – insbesondere für die Aleviten – in einer adäquateren Wahrnehmung durch die deutsche Gesellschaft resultieren könnte, ohne dass eine solche Entwicklung aber bisher in den öffentlichen Diskursen nachzuweisen wäre. Der GMF-Survey 2005 stützt diesbezüglich ebenfalls eine eher skeptische Einschätzung, da sich das Differenzierungsvermögen der deutschen Bevölkerung hinsichtlich unterschiedlicher islamischer Glaubensrichtungen momentan als wenig ausgeprägt erweist.

Fazit

Heute klaffen in Deutschland die negativen Erwartungshaltungen der Muslime an das Zusammenleben und die tatsächlich gemachten Erfahrungen deutlich auseinander. In den unterschiedlichen Lebensbereichen, vom Arbeitsplatz bis zu Freizeit und Nachbarschaft, geben zwischen 80 und 90 Prozent der türkischen Muslime an, im deutschen Alltag auf Verständnis für ihren Glauben zu stoßen. Dessen ungeachtet glaubt eine Mehrheit der türkischen Muslime gleichzeitig, 11. September 2001, Irak- und Afghanistan-Krieg hätten sich negativ auf das Zusammenleben ausgewirkt. Ein Dialog mit dem Islam, dessen Themen nicht allein von der Aufnahmegerellschaft diktiert werden, könnte dieses Ungleichgewicht abmildern.

Die Vorgänge um die Karikaturen des Propheten Mohammed, die im Februar 2006 von Dänemark ausgingen und zu zum Teil massiven anti-westlichen Protesten im arabischen Raum und darüber hinaus geführt haben, geben einen ersten Hinweis darauf, wohin die Entwicklung zukünftig gehen könnte. Der Umstand, dass dänische Imame ihre Empörung über den Umgang einer großen dänischen Tageszeitung mit dem Islam aus dem Land in den Nahen und Mittleren Osten tragen, wie in diesem Fall geschehen, kann als Folge mangelnden Zugangs zum öffentlichen Diskurs in Dänemark interpretiert werden. Über den Umweg des Auslands haben sie in diesem Falle extensive Berücksichtigung in den europäischen Medien gefunden, aber deshalb, weil die Karikaturen zu einem Gegenstand der Auseinandersetzung von Westen und Muslimen im internationalen Kontext wurden. Ihrer ursprünglichen Sache, etwa die Beleidigung ihrer Religion in der dänischen Gesellschaft zu thematisieren, dürften sie damit kaum gedient haben. Zugleich besteht die Gefahr, dass die Erwartungen an einen Konflikt der Kulturen in der Öffentlichkeit der europäischen Einwanderungsländer wiederum wachsen, gegenseitige Vorurteile stützen und damit zu einer Belastung für das Zusammenleben werden.

Obwohl die hier dargestellten Untersuchungszeiträume noch nicht die Auseinandersetzung um die Mohammed-Karikaturen, die Berichterstattung darüber und die Reaktionen der Muslime in Deutschland berücksichtigen, deute sich in den hier vorgestellten Ergebnissen schon eine weitere Gefahr an: In dem Maße, in dem Kritik am Islam und an den Muslimen wächst, nimmt die Selbstkritik der deutschen Gesellschaft hinsichtlich der Versäumnisse der Integrationspolitik ab. Damit wird die Verantwortung für Desintegration weiter auf die Zuwanderercommunity verlagert – der

»Muslim-Test« bei der Einbürgerung in Baden Württemberg steht für dieses Entwicklung. Damit drohen Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Chancengleichheit durch (ungerecht fertigte) Schuldzuweisungen verdrängt zu werden – ein subtiler Exklusionsmechanismus der deutschen Gesellschaft gegenüber den Muslimen. ◆



Europa sozial managen
Werte – Wettbewerb – Finanzen
Bericht über den 5. Kongress der Sozialwirtschaft vom 26. und 27. April 2007 in Magdeburg
Herausgegeben von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) 2008, 193 S., brosch., 39,- €, ISBN 978-3-8329-3190-2 (Edition Sozialwirtschaft, Bd. 24)

Zusammen mit europäischen Partnern können soziale Dienste und Einrichtungen in Deutschland ihre Arbeit optimieren. Die deutsche Sozialwirtschaft kann, wenn sie sich auf internationale Kooperationen einlässt, mit einer europäischen Dividende rechnen. Das war die Botschaft des 5. Kongresses der Sozialwirtschaft 2007 in Magdeburg. Dieser Sammelband dokumentiert Ansprachen, Vorträge, Referate und Präsentationen dieser Veranstaltung.

